

Neuer Satellit der USA

Schaukelrad umkreist die Erde — Sender mit Sonnenenergie

Kap Canaveral (ap/dpa). Die Vereinigten Staaten haben den ersten Erdsatelliten mit paddelförmigen Flügeln auf die Erdumlaufbahn gebracht. Der Trabant, der einem Schaukelrad gleicht, ist 70 Kilogramm schwer und wird die bisher längste und flachste elliptische Bahn um die Erde beschreiben. Seine größte Erdentfernung beträgt 37 000 km. Eine eingebaute Rakete erlaubt nachträgliche Korrekturen des Erdabstandes um 100 bis 150 km. Der Trabant führt eine große Anzahl komplizierter wissenschaftlicher Geräte mit sich. Der Sender, mit dem wissenschaftliche Daten zur Erde gefunkt werden, wird mit Sonnenenergie gespeist.

Der Satellit, der den Namen „Explorer VI“ erhielt, wurde nach Mitteilung der amerikanischen Raumfahrtbehörde am Freitag um 15.23 Uhr MEZ mit einer dreistufigen „Thor-Able“-Rakete auf dem Versuchsgelände Kap Canaveral gestartet. Die drei Stufen der Rakete zündeten innerhalb von viereinhalb Minuten und jagten den Satelliten mit einer Beschleunigung von etwa 35 300 km/st in nordöstlicher Richtung in den Raum. Zweieinhalb Stunden später gab die Raumfahrtbehörde bekannt, daß der etwa 73 cm lange und 65 cm dicke Trabant seine vorgeschriebene Bahn um die Erde erreicht habe. Seine Lebensdauer wird voraussichtlich ein Jahr betragen.

Strahlenmessung

Der Satellit, der nach seinen vier etwa ein Meter langen paddelartigen Sonnenantennen „Schaukelradsatellit“ genannt wird, umkreist die Erde in elf Stunden. Er führt folgende Instrumente mit sich:

1. Drei Geräte, die Ausdehnung und Intensität des radioaktiven Strahlungsgürtels messen sollen, der sich in Höhen zwischen 2100 km und möglicherweise 84 000 km erstreckt. Die Instrumente sind in der Lage, Strahlungen zu registrieren, die ihren Ursprung Millionen von Kilometern außerhalb

des Erdbereichs haben. Diese Daten sind für den Raumflug der Menschen wichtig.

2. Das sogenannte „Sonnenpaddelsystem“. Vier etwa ein Meter lange schaukelartige „Paddel“ sind außen so angeordnet, daß sie die größtmögliche Menge Sonnenenergie auffangen können. Diese wird in elektrische Energie umgewandelt und speist den Sender.

3. Ein wie eine Fernsehkamera wirkendes Gerät, das die Wolken-schichten über der Erde registrieren soll.

4. Vier Apparate, die das Verhalten von Radiowellen untersuchen sollen, um Näheres über

die Möglichkeit von Verbindungen zur Erde aus den Tiefen des Raumes zu erfahren.

5. Zwei Geräte, die das magnetische Feld der Erde aufzeichnen sollen.

DT. Zweifellos haben die amerikanischen Raketenspezialisten mit dem neuen Satelliten einen erstaunlichen Fortschritt erzielt. Besonders bedeutsam erscheint die Tatsache, daß der „Explorer VI“ der erste Satellit der Welt ist, der durch eine eingebaute Rakete von der Erde aus ferngelenkt werden kann. Der erste Schritt zum lenkbaren Raumfahrzeug ist damit getan. Man darf erwarten, daß dieses fliegende Laboratorium den Wissenschaftlern Erkenntnisse vermittelt, die alle bisherigen Forschungen übertreffen. Da der 70 kg schwere Erdsatellit mit einer der bekannten Thor-Able-Raketen auf seine Ellipsenbahn geschickt wurde, liegt die Vermutung nahe, daß die Amerikaner auch in der Entwicklung leistungsfähigerer Raketentreibstoffe vorangekommen sind.

Rote Offensive in Laos?

Massive Truppenkonzentration — Warnungen Vietnams

Vientiane (Laos) (dpa/ap). Eine „massive Konzentration“ kommunistischer nordvietnamesischer Truppen entlang der gebirgigen laotisch-nordvietnamesischen Grenze beobachtet seit Tagen das Hauptquartier der laotischen Armee. In einer Mitteilung heißt es, man glaube, daß eine große Offensive vorbereitet werde. Die Kommunisten wollten die Kontrolle über die Provinz zurückgewinnen, die früher durch die prokommunistische Pathet-Laos-Bewegung ausgeübt wurde.

Während in der laotischen Hauptstadt die Presse das kommunistische Nord-Vietnam warnt, der Konflikt könne sich leicht zu einem südostasiatischen Krieg ausweiten, sagte der stellvertretende Verteidigungsminister von Nord-Vietnam in einer Rundfunkrede in Hanoi, „jede militärische Intervention eines fremden Landes zur Förderung eines gemeinsamen Aggressionsplanes“ in Laos werde von Nord-Vietnam als eine „direkte Drohung“ betrachtet.

Der Störenfried

K. W. B. „Wie erbärmlich und wie nichtig zeigt sich im Ozean der Zustimmung der brüchige Kahn, auf dem der Kanzler der Deutschen Bundesrepublik, Adenauer, seine Piratenflagge des kalten Krieges gehißt hat. Er ist nach wie vor seiner veralteten Voreingenommenheit treu. Entkräftet vom Fieber, mit politischer Blindheit geschlagen, will Adenauer noch immer die Politik der Stärke durchsetzen.“ Die Moskauer „Iswestija“ hält solchen Ausbruch gegen den deutschen Bundeskanzler um so mehr angebracht, als Chruschtschow sein braves Versöhnungsgemälde von der Welt von morgen, das er am Mittwoch in Moskau zur Kommentierung seiner Amerikareise entwarf, selbst mit dem schwarzen, dicken Klecks besudelte — aber der Störenfried von Bonn müsse verschwinden. Adenauer hat nie eine gute Presse in der Sowjetunion gehabt. Adenauer steht aber für die Bundesrepublik; denn die Bundesrepublik hat sich ebenfalls nie einer objektiven Wertschätzung aus dem Kreml erfreuen dürfen — es sei denn, man ermunterte in ihr jene Kräfte, bei denen man Hilfe für die sowjetische Einverleibungspolitik Deutschlands mit Recht oder Unrecht vermutet.

War die sowjetische Kampagne gegen die Bundesrepublik bisher Bestandteil einer allgemeinen Aktion gegen die politische Festigkeit des Westens, so ist sie im Zeichen der Amerikareise Chruschtschows zum Spezialangriff auf die Grundzüge der deutschen Politik geworden. Weil Adenauer Chruschtschows Reise zu Eisenhower mit dem Wunsche begrüßt hat, daß der Herr des Kremles hierbei nachhaltige Eindrücke von der amerikanischen Kraft und ihrer Entschlossenheit empfangen werde, poltert Chruschtschow über den „alten Mann“ her, der nach seiner Meinung Angst vor der Verständigung zwischen Amerika und der Sowjetunion habe. Nun brauchte Chruschtschow wohl die ganze Galle seiner weltweiten Propaganda nicht über den „Stören-

fried Deutschland“ auszuschütten, wenn ihm wirklich mit dem Weg nach Amerika an einer grundlegenden Wende der internationalen Beziehungen läge. Daß der Eindruck entstehe, die Reise allein bräche schon in die Eisernen Vorhänge an vielen Teilen der Erdkugel Breschen — daran arbeitet natürlich das sowjetische Agitationsprogramm. Es hat es leicht, auf gläubiges Nachdenken in der ganzen Welt zu stoßen.

Die Hoffnungen, die die deutsche Politik und ihr Regierungschef Adenauer auf das amerikanisch-sowjetische Tête-à-tête der Mächtigen richtet, gehen natürlich dahin, daß ein wenig von solchen Vorstellungen dem sowjetischen Diktator vielleicht offenbar werden könnte. Gerade Richard Nixon, der so erfolgreich durch die Sowjetunion und Polen reiste, hat dem amerikanischen Präsidenten die Erfahrung mitgebracht, daß Chruschtschow nach wie vor dazu neigt, die Kräfte der Vereinigten Staaten zu unterschätzen und die seines eigenen Reiches zu überschätzen. Um so mehr kann dem kraftstrotzenden Mann aus dem Kreml, der aussieht, um der anderen Welt seinen Frieden, den sowjetischen Frieden, anzubieten, nur ein starkes, in Gesinnung und Macht sich stabil zeigendes Amerika Maßstäbe setzen.

Welche Rolle bei diesem Besuch der beiden Supergrößen Deutschland spielt, dies muß man nach dem sowjetischen Angriff gegen die Bundesrepublik nun höher bewerten, als man es wohl beim Gespräch über die beiden Welthälften hinweg erwarten konnte. Der Begriff vom „Störenfried Deutschland“ ist freilich schon in der letzten Phase der Genfer Konferenz aufgenommen; dort nämlich, wo aus vielleicht übertrieben lebendiger Sorge die Delegation der Bundesregierung ihre westlichen Alliierten gegen jede Konzessionsfreudigkeit in der deutschen und Berliner Frage mehrfach zu fester Haltung animierte. Der „Störenfried Deutschland“ ist ein Schlagwort der östlichen Propaganda, seit die Bundesrepublik sich aus ihrer gesamtdeutschen Verantwortung gegen jeden Verhandlungskomprobiß wehrt, der ihr, auf wel-

chen Umwegen immer, die Sowjetisierung Deutschlands ins bundesdeutsche Haus bringen müßte. Nun, da der Herr des Kommunismus aufbricht, um jenseits der klaren und nüchternen Verhandlungswege den verständnisungrigen Menschen in der Welt einen großen Friedenskuchen zu servieren, sucht der Kreml einen, dem er die eigene Schuld an der Unruhe in der Welt in die Schuhe schieben kann. Es ist der „Störenfried Deutschland“. Er eignet sich dazu, weil das Problem Deutschland das Hauptproblem der Unruhe ist.

Die Sowjets beobachten, was für Spekulationen sich in den sechs Tagen seit der Bekanntgabe des Chruschtschow-Besuches an das touristische Extrastück vom kommenden September heften. Sie können sich besonders tiefeschürfender Betrachtungen darüber erfreuen, was manche westliche Kommentatoren von dem Stil solcher Begegnungen erwarten. In einer „Vermenschlichung der Politik“, wie sie das Gegenüber solcher Gespräche, Besichtigungen und Diskussionen ergeben müßte, erblickt manch hoffnungsfroher Deuter ein neues Tauwetter der Entspannung.

Es ist gut, daß vor diesen Schwall von Illusionen, die freilich, so weit wir sehen können, nirgendwo die politisch Verantwortlichen in den entscheidenden Ländern auch nur angerührt haben, der amerikanische Vizepräsident ein sehr nüchternes Halt gesetzt hat. Nicht nur seine Reise in Polen, die ein Wetterleuchten und eine spürbare Bewegung in den Ostblockstaaten hervorgerufen hat, bleibt als Ausgangspunkt für Überlegungen der westlichen Politik, sondern dazu seine Erkenntnis, daß man es bei Chruschtschow mit einem Menschen zu tun habe, der Bestand und Ausbreitung der kommunistischen Herrschaft mit allen Mitteln, mit den Mitteln der Drohung und den Mitteln des Lächelns, zu betreiben entschlossen ist. Über den „Störenfried Deutschland“ hat Chruschtschow auch mit Nixon gesprochen. Der amerikanische Vizepräsident aber hat dort klar erkannt, daß es dem

Bundestag zur Ostblock-Frage

In zwei Monaten soll über diplomatische Beziehungen beraten werden

W. Bonn (Eigenbericht). In zwei Monaten will der Auswärtige Ausschuss des Bundestages sich ausführlich mit der Frage beschäftigen, ob die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufnehmen und Nichtangriffspakte mit Polen und der Tschechoslowakei abschließen soll. Dieser Beschluss ist in einer Sitzung des Ausschusses gefasst worden, bei der Bundesaußenminister Dr. von Brentano über die Genfer Konferenz berichtete. Der Anstoß ging aber nicht von Brentano, sondern von der SPD und FDP aus. Brentano selbst äußerte sich nicht dazu, sondern sagte nur, die Regierung werde das Ergebnis der Beratungen abwarten.

Zum drittenmal im Laufe der letzten drei Jahre wird damit die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den sogenannten Satellitenstaaten aufgeworfen. Bisher ist die Bundesregierung stets zu dem Ergebnis gelangt, daß wenigstens zur Zeit eine Normalisierung der Beziehungen zu diesen Staaten noch nicht angebracht sei — vor allem, weil man eine Anerkennung Panikows als zwangsläufige Folge eines solchen Schrittes erwartet. Die Neigung zu diplomatischen Beziehungen ist auch jetzt in maßgebenden Regierungskreisen nicht groß, aber man sucht nach einem Weg, den Kontakt zu Warschau und Prag zu verbessern. Brentano stritt zwar vor der Presse in Bonn ab, daß die Anregung, Nichtangriffspakte abzuschließen, von den Westmächten ausgegangen sei. Aber es gilt als sicher, daß besonders der amerikanische Außenminister Herter eine derartige Annäherung gerne sähe.

Anscheinend hält auch Brentano weiterhin an diesem Gedanken fest, obwohl er beim Bundeskabinett damit keinen Gefallen gefunden hat. Inzwischen sieht man aber in Bonn Anzeichen dafür, daß vor allem Polen gar nicht an einem Nichtangriffspakt interessiert ist, es sei denn, daß damit eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verbunden wäre, woran aber nicht zu denken ist.

Der Bericht Brentanos im Auswärtigen Ausschuss enthielt keine Neuigkeiten. Er betonte vor allem, daß der Westen in Genf völlig einig gewesen sei, und hob vor der Presse hervor, man könne daher auch den kommenden Gesprächen zwischen Eisenhower und Chru-

schtschow „mit absoluter Zuversicht“ entgehen. In diesen Gesprächen liege „keinerlei Risiko“.

Positives aus Genf

Der Ausschuss-Vorsitzende Prof. Furler brachte in seinem

Bericht vor der Presse die „positiven Seiten“ der Konferenz zur Geltung, die er vor allem in der klaren Darlegung des westlichen Standpunktes in der Berlin-Frage sieht. Eine „lebhaftige Diskussion“ hat es nach seiner Darstellung über das Problem des „Gesamtdeutschen Ausschusses“ gegeben. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten und z. T. auch die Freien Demokraten dem sowjetischen Vorschlag, einen Gesamtdeutschen Ausschuss zur Vorbereitung eines Friedensvertrages einzusetzen, nicht so ablehnend gegenüberstehen wie die Bundesregierung und die CDU.

253 verzichteten auf Moskau

West-Bilanz der Weltjugendfestspiele in Wien

Wien (ap). Die österreichischen Jugend- und Studentenorganisationen haben die Bilanz ihrer Aufklärungskampagne unter den Teilnehmern der kommunistisch gelenkten Weltjugendfestspiele gezogen. Danach ist es ihnen gelungen, 253 afrikanische und asiatische Teilnehmer zum Verzicht auf eine kostenlose Reise in die Sowjetunion zugunsten einer Informationsreise durch Westeuropa zu bewegen, die von westlichen Studentenorganisationen finanziert wird. Drei-

zehn Informationsstände und 1800 Helfer sorgten dafür, daß sich die jungen Menschen aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang mit dem Gedankengut westlicher Demokratien vertraut machen konnten. In besonderen Zusammenkünften, in zahllosen Diskussionen und auf Fahrten an die österreichisch-ungarische Grenze wurden die Teilnehmer der Weltfestspiele über die Ost-West-Probleme aus westlicher Sicht aufgeklärt. Die Gegenpropaganda kostete 4 Millionen Schillinge.

Der Störenfried

Fortsetzung von Seite 2

Kreml darauf ankommt, ügestört den Weg nach Deutschland über Berlin zu finden. Wer dies verhindert, durch hartnäckigen und immer neuen geduldigen Widerstand, ist freilich die Bundesrepublik. Und es ist ihre große politische Leistung, daß sie hierfür die Politik der Westmächte, der Vereinigten Staaten voran, hat gewinnen können.

Vielleicht will Chruschtschow mit seiner Propaganda gegen den „Störenfried Deutschland“ erreichen, daß man in Amerika über das Thema Deutschland gar nicht spricht. Vielleicht will er noch mehr, daß er für seine These vom „Störenfried Deutsch-

land“ drüben wenigstens ein offenes Ohr findet. Ganz gewiß aber wünscht er zu verhindern, daß ihm Eisenhower vorhält, er, Chruschtschow, habe die Welt mit seiner Berlin-Pression in einen gefährlichen Zustand der Krise gestürzt, und also liege es an ihm, wenn er die Entspannung und die echte Entkrampfung der Fronten wirklich wolle, die ganze Frage im Sinne der freien Entscheidung zu lösen, die die Völker wollen.

In den Wochen, die bis zum großen Gespräch in Amerika bleiben, wird zu prüfen sein, wo die Chancen zu einer Politik der Entspannung liegen.

Vor dem Frühstück Ausgleichsgymnastik

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Die SED bezeichnet es als normal, um die Ernte zu kämpfen, nachts zu dreschen und durch Wettbewerbe Höchstleistungen zu erzielen. Die staatliche Betriebsamkeit prägt das Gesicht Mitteldeutschlands bei der Arbeit und während der Gestaltung der Freizeit.

ROSTOCK

Schüler finanzieren Schulneubau. Die Arbeiter der Neptun-Werft lehnten es ab, die von Schülern geleistete Arbeit im Betrieb auf ihrem eigenen Lohnschein zu verrechnen und sich dadurch zu bereichern. Die von den Schülern erarbeiteten Werte sollen extra verrechnet und für einen Schulneubau verwendet werden.

Kritik an Verkaufsstellen. Eine Verkaufsstellenleiterin aus Gremersdorf, Bezirk Rostock, stellt in der „Ostsee-Zeitung“ fest: „Ich bin Verkaufsstellenleiterin einer Gemeinde mit 480 Einwohnern. Wir haben im Ort eine Lebensmittelverkaufsstelle, eine Verkaufsstelle für Industriewaren und eine Gaststätte. Alle drei Einrichtungen entsprechen in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen eines kulturellen Handels.“

HALLE

Sportwoche. In der Sportwoche fand ein „Tag des Motorsports“ mit Geschicklichkeitsturnieren auf dem Hallmarkt, ein „Tag des Keglersports“ mit öffentlichem Massenkegeln, ein „Tag des Wassersports“ mit Wettangeln sowie ein „Tag des Rasensports“ statt.

Kampf um die Getreideernte. Zahlreiche Motoren-Traktorenstationen verpflichteten sich, die Getreideernte um 10 bis 15 Tage früher zu beenden. Als Stichtag wurde der 15. August genannt, das bedeutet gegenüber 1953 einen Zeitvorsprung von 20 Tagen.

Laternenfest. Unter diesem Motto findet am 5. und 6. September als Generalprobe für das Festprogramm zum zehnten Jahrestag der sogenannten DDR

ein Laternenfest statt. Neben einem Bootskorso auf der Saale und einem Feuerwerk von der Burg Giebichenstein zeigen Kulturgruppen ihr Programm von einer schwimmenden Bühne. Auch das Ballett des Landestheaters Halle ist mit von der Partie.

„Der Berg Kultur“. Die SED-Zeitung „Freiheit“ wirft den FDGB-Funktionären vor, sie sagten „Sie“ zur Kultur und fänden zu dem „Berg“ Kultur keinen Zugang. Gestapelte Beschlüsse bilden keine Brücke, ja nicht einmal eine Treppe zum „Berg“ Kultur.

ZITTAU

Die Partei ruft zur Ernte. Ein SED-Funktionär verfaßte den Appell: „Genossen an die vorderste Front bei der ökonomischen Schlacht um die Bergung der Friedensernte.“ Hausfrauenbrigaden helfen den LPGs und Soldaten der Volksarmee wurden zum Einsatz abkommandiert, um den Arbeitskräftemangel auf dem Lande zu überwinden. Mitarbeiter der Verwaltung und des Staatsapparates sollen eine Woche zum Landeinsatz gehen.

SED gegen Dorfzeitungen. Die Dorfzeitungen werden beschuldigt, Zeichen des Sektierertums und der Sorglosigkeit zu dulden. Da würde von Bauern geschrieben, die gegen die LPGs wettern und die Freiheit des Einzelbauern lobten. Und Traktoren sagten frei heraus, wenn es nicht vorwärtsgehe, dann seien die Funktionäre schuld. Da fehle doch die Kampfatmosphäre, kritisiert die „Sächsische Zeitung“.

LEIPZIG

„Tag des Massensports.“ Von erfahrenen Sportlern soll eine „Übung des Monats“ ausgearbeitet werden, die Rundfunk und Fernsehen „popularisieren“. In jedem Betrieb sollen die Kolleginnen und Kollegen feststellen, wer die Übung am besten beherrscht. Dadurch sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um schneller die Höhen des Sozialismus zu erklimmen. Die Teilnehmer am Turn- und

Sportfest erhalten Trainingsanzüge und Schäferhosen kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie können die Sportkleidung später für 35,— DM erwerben.

Frühgymnastik. Der VEB Maschinen- und Heizungsbetrieb beim Rat der Stadt treibt seit einer Woche jeden Morgen vor der Frühstückspause Ausgleichsgymnastik. Auch die Arbeiter der Baustellen werden diese Art der Ausgleichsgymnastik einführen. Die Arbeiter sind aufgefordert, den engen Zusammenhang zwischen sozialistischer Produktion und regelmäßiger massensportlicher Betätigung zu erkennen und in allen Bereichen der Betriebe regelmäßig Ausgleichsgymnastik einzuführen.

CHEMNITZ

Margarine mit Kakaozusatz. „Seit 3. August ist in den Bezirksstädten eine neue Margarine im Handel, die es bisher auf dem westdeutschen Markt nicht gibt“, schreibt die „Volksstimme“. Die vom VEB Öl- und Fettwerke „Hans Schellheimer“ in Magdeburg hergestellte Kakaomargarine wird für 1,80 DM je Pfund erhältlich sein.

Bedarfsforschung. Im Pionierhaus zeigen 16 Spielwarenfabriken Spielzeug für Kinder. Plastikbaukästen mit dem Titel: „Bei unserer Lufthansa zu Gast“ oder „Volksarmee — Hüter des Friedens“. „Militärfahrzeuge und Soldaten unserer Volksarmee erwecken das besondere Interesse unserer Jungen“, schreibt die „Volksstimme“. Die Puppen der Mädchen würden rufen: „Wir grüßen die Weltfestspiele in Wien!“

Adenauer in Italien

Mailand (ap). Bundeskanzler Adenauer ist am Montag über Mailand in seinen Urlaubsort Cadenabbia am Comer See gereist. Der Bundeskanzler sagte, er werde sich in den nächsten 14 Tagen auf seine Besprechungen mit Präsident Eisenhower in Bonn vorbereiten.

Ein Buch über die Tyrannei

Kardinal Mindszenty schreibt es in der USA-Botschaft zu Budapest

S. Bonn (Eigenbericht). Aus gut informierten amerikanischen Kreisen erfährt man, daß der seit 1956 in der amerikanischen Gesandtschaft in Budapest lebende Kardinal Primas Mindszenty von Ungarn an einem Werk über die „Geschichte der Tyrannei“ schreibt. Der Kardinal hatte Zuflucht in der amerikanischen Gesandtschaft gesucht und lebt zwar dort in Sicherheit, kann aber sein Asyl nicht verlassen. Alle Bücher und Unterlagen für sein Werk müssen ihm deshalb durch das amerikanische Gesandtschaftspersonal beigebracht werden. Es soll sich um eine sehr umfangreiche Analyse handeln, die den Ursprüngen der Tyrannei nachgeht, sie durch die Jahrhunderte verfolgt und sich mit der Struktur dieser Beherrschungsform befaßt.

Der Kardinal scheint sich also, so weit das denkbar ist, mit seinem Schicksal abgefunden und jedenfalls auf Dauer eingerichtet zu haben. Auch in der Nacht ist stets ein Angehöriger der Gesandtschaft in dem Gebäude anzutreffen, so daß der Kardinal niemals ohne diplomatischen Schutzherrn anzutreffen ist. Niemand rechnet zwar im Augenblick mit einem Überfall oder einem Kidnappings-Versuch. Aber jedenfalls sind alle Schutzmaßnahmen getroffen.

Dennoch hat die Anomalie dieses Zustandes auch für die amerikanischen Schutzherrn unangenehme Folgen. Nicht nur, daß der Tag gefürchtet werden muß, an dem Mindszenty ernsthaft erkranken könnte und in ein Krankenhaus übergeführt werden müßte. Denn in dem Augenblick, da der Kardinal das amerikanische Gesandtschaftsgebäude — also amerikanischen Boden — verläßt, würde sich zweifellos das Kadar-Regime seiner bemächtigen.

Die Amerikaner können unter den Umständen heute nicht mehr die volle Breite ihrer Befugnisse und Möglichkeiten ausnützen. Das stärkste Druckmittel einer diplomatischen Mission ist von jeher der Abbruch der Beziehungen. Kadar ist sich

aber darüber klar, daß die Amerikaner ihre Beziehungen zu Ungarn nicht abbrechen können, solange Kardinal Mindszenty unter ihrem Schutz lebt. Die Sprache, die die ungarische Regierung in ihren Noten an die amerikanische Gesandtschaft wählt, ist deshalb in letzter Zeit von immer größerer Unverfrorenheit. Die Amerikaner aber können nur mit Worten darauf reagieren.

Eine pikante Situation wird entstehen, wenn der Kardinal sein Buch fertiggestellt hat. Es wird sicherlich im Westen erscheinen — ein ungarisches Buch, das in Ungarn geschrieben wurde, aber in Ungarn ganz sicher bei höchster Strafandrohung verboten sein wird. Ob es wohl Mittel geben wird, den Ungarn dieses ihr eigenes Buch doch vor die Augen zu bringen?

Die Parteireform der CDU

Hassel und Krone Adenauers Stellvertreter

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer hat sich im wesentlichen mit den Vorschlägen für eine Reform der CDU einverstanden erklärt, die Anfang Juli unmittelbar nach dem Konflikt mit Prof. Erhard von den Landesvorsitzenden der Partei in Berlin beschlossen worden waren. Danach würde Adenauer den Parteivorsitz behalten, nach dem Parteitag des Jahres 1960 aber nur noch zwei anstatt vier Stellvertreter haben. In Bonn rechnet man damit, daß der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel erster Stellvertreter, der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Krone, zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden wird.

Über die Parteireform wird der Bundesausschuß der CDU kurz nach der Sommerpause beraten. Wahrscheinlich wird er den Reformplänen zustimmen. Dabei ist die Beschränkung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden weniger wichtig als die Erweiterung ihrer Aufgaben. In Wirklichkeit sollen diese Stellvertreter die eigentliche Führung der Partei übernehmen, der sich Dr. Adenauer mit Rücksicht auf die Regierungsgeschäfte nie für längere Zeit widmen konnte. Wenn sie es für nötig halten, sollen die stellvertretenden Parteivorsitzenden auch von sich aus die führenden Parteiorgane einberufen können.

Einige Bedeutung dürfte noch die Zusammensetzung des neu geplanten zehnköpfigen geschäftsführenden Parteivorstandes gewinnen, der in regelmäßigen kurzen Abständen zusammenzutreten soll, um die politische Richtung der Partei festzulegen. Die Landesvorsitzenden hatten offenbar die Vorstellung, daß sie selbst auf diesem Wege en-

geren Kontakt mit der Bundespolitik gewinnen könnten, ein Gedanke, der nicht von der ganzen Partei geteilt wird.

Maurer als Botschafter

Berlin (upi/dpa). Die Botschafter der Sowjetzone in Ungarn und Nordvietnam. Helmer und Pfützner, sind überraschend abgelöst worden. Zu ihren Nachfolgern wurden Walter Vesper und Eduard Claudius-Schmidt ernannt. Helmer und Pfützner sollen nach der amtlichen Bekanntgabe „verantwortliche Funktionen“ im Außenministerium übernehmen.

Die beiden neuernannten Sowjetzonen-Botschafter sind nach Angaben des Informationsbüros West von Beruf Maurer. Bei dem Botschafter in Ungarn, Vesper, handele es sich um einen westdeutschen Kommunisten, der noch 1952 der KPD-Bundestagsfraktion angehörte. Claudius-Schmidt, der nach Nordvietnam geht, war Spanienkämpfer. Nach einer Internierungszeit in der Schweiz kämpfte er als Partisan in Oberitalien.

Eisenhowers Europa-Programm

Am 28. August in London — Anfang September in Paris

Washington (ap/upi). Der amerikanische Präsident Eisenhower kommt am 28. August zu seinem angekündigten Besuch nach Europa. Von London aus wird Eisenhower am 2. September nach Paris weiterreisen. Ort und Zeit der Begegnung Eisenhowers mit Bundeskanzler Adenauer steht offiziell noch nicht fest. Es hieß zunächst, daß Adenauer etwa am 29. August von seinem Urlaubsort am Comer See aus nach London fliegen würde.

Die Europareise Eisenhowers dient der Vorbereitung des Besuchs Chruschtschows in Washington. In London wurde erklärt, es handle sich um einen offiziellen Besuch Eisenhowers, Washington dagegen sprach lediglich von einem inoffiziellen Besuch.

Die Erörterungen mit Staatspräsident de Gaulle in Paris werden wahrscheinlich zwei Tage dauern. Man hat sich offensichtlich auf Wunsch de Gaulles auf den Septembertermin geeinigt, um diesem die Möglichkeit zu geben, seine Algerien-Reise fristgemäß durchführen zu können.

Italiens Wunsch

Nach Mitteilung eines französischen Regierungssprechers wurde in Paris zwischen dem italienischen Botschafter Vitetti und Außenminister Couve de Murville die Möglichkeit eines amerikanisch-französisch-italienischen Treffens der Regierungschefs erörtert. Der Sprecher sagte, Frankreich habe nichts dagegen, daß Ministerpräsident Segni und Außenminister Pella sich in Paris mit Eisenhower treffen.

In Rom ist inzwischen auf Wunsch der italienischen Regierung der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Staatssekretär Merchant, eingetroffen. Wie verlautet, versicherte Merchant Außenminister Pella, daß die Gespräche zwischen Eisenhower und Chruschtschow nicht als „direkte Verhandlungen“ angesehen werden dürften. Es handle sich lediglich um Vorbesprechungen für eine eventuelle spätere Ost-West-Gipfelkonferenz. Das italia-

nische Außenministerium teile später mit, die amerikanische Regierung habe von dem Wunsch Italiens Kenntnis genommen, mit der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost und West eng verbunden zu sein.

„Camp David“

Mit den Vorbereitungen zum Besuch Chruschtschows in den USA ist der stellvertretende Unterstaatssekretär der Europa-Abteilung, Kohler, betraut wor-

den. Kohler hat Vizepräsident Nixon auf der Reise in die Sowjetunion und nach Polen begleitet und galt dabei als hauptsächlichster politischer Berater.

Voraussichtlich werden sich Präsident Eisenhower und Chruschtschow im September zu vertraulichen Gesprächen in das abgelegene „Camp David“ zurückziehen. Man ist in Washington der Ansicht, daß Eisenhower und Chruschtschow in der privaten Atmosphäre des Jagdhauses eher als im Weißen Haus Gelegenheit zu einem umfassenden und ruhigen Meinungsaustausch über alle Fragen des kalten Krieges haben werden.

Eisenhower besucht Bonn

Am 27. August in der Bundeshauptstadt

Washington/Bonn (Eigenmeldung/upi). Die Reise Präsident Eisenhowers nach Bonn verfolgt nach Darstellung politischer Kreise in Washington das Ziel, der deutschen Bevölkerung die Gewißheit zu geben, das die Vereinigten Staaten bei den bevorstehenden Gesprächen zwischen Eisenhower und Chruschtschow weder Berlin noch die Bundesrepublik im Stich lassen werden. Eisenhower wird der Bundeshauptstadt als der ersten europäischen Hauptstadt am 27. August einen achtstündigen Besuch abstatten.

In maßgebenden Bonner Regierungskreisen und bei den deutschen Parteien ist die Ankündigung des Besuches mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Man sieht darin nicht zuletzt einen persönlichen Erfolg Dr. Adenauers, der sich seit jeher mit dem amerikanischen Präsidenten besonders gut verstanden hat.

Bundeskanzler Adenauer erklärte: „Ich begrüße den Besuch Präsident Eisenhowers in diesen schwierigen Zeitläuften ganz besonders. Wir freuen uns, daß der Präsident, der früher schon als NATO-Oberbefehlshaber in Bonn war, nunmehr als Präsident der Vereinigten Staaten zum ersten Male zu uns kommt.“

Das Besuchsprogramm

Das europäische Besuchsprogramm Präsident Eisenhowers sieht folgende Stationen vor:

1. Am 27. August um 10 Uhr Ankunft in Bonn.

2. Am gleichen Tage abends Flug nach London zu Besprechungen mit Premierminister Macmillan.

3. Am 30. August Besuch bei Königin Elizabeth.

4. Am 2. September Flug nach Paris zu Besprechungen mit Staatspräsident de Gaulle.

5. Am 3. und 4. September in Paris Besprechungen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Segni sowie dem niederländischen Außenminister Luns und NATO-Generalsekretär Spaak.

Drei Tote in Rostock

Berlin (ap/dpa). Drei Tote und mehrere Schwerverletzte hat ein Massensturz beim Auto- und Motorradrennen auf dem Rostocker Hanseatenring gefordert. Die sowjetzonale Agentur adn behauptete, schuld an dem Unglück sei der dabei ums Leben gekommene Rennfahrer Werner Kühn, der sich undiszipliniert verhalten habe.

Der Vorfall wurde von adn mit 24stündiger Verspätung kurz gemeldet. Sofort und ausführlich hatte adn dagegen vor einer Woche über den Todessturz des französischen Rennfahrers Behra auf der Avus berichtet. Behra wurde als das „Opfer der Frontstadtpolitik“ bezeichnet, weil der Berliner Senat aus Prestigegründen das Rennen auf der „unzulänglichen Avus“ habe durchführen wollen,

Schwarzes Jahr für Peking

Rot-China geht seiner schwersten Krise entgegen

W. P. Hongkong (Eigenbericht). Mit einem Schlag hat die Natur die hochfliegenden Pläne der Machthaber in Peking durchkreuzt: Gewaltige Überschwemmungen, anhaltende Trockenheit und Heere von Heuschrecken haben in den letzten Woche die ganze Ernährungsbasis des 600-Millionen-Volkes in Frage gestellt. Peking ist in Gefahr, bei den Ländern Asiens sein Gesicht zu verlieren. Zwei Millionen Menschen haben ihre Wohnstätten verloren, in den Volkskommunen grassiert die Unruhe, der „große Sprung vorwärts“, der für dieses Jahr geplant war, steht nur noch auf dem Papier.

Die meisten Berichte zu dem düsteren Bild haben die Rotchinesen selbst geliefert. Beobachter in Hongkong neigen zu der Ansicht, das Regime in Peking wolle auf diese Weise die Bevölkerung auf die zweifellos bevorstehende Zeit der Not und Entbehrung vorbereiten. Radio Peking verbreitete kürzlich die Meldung, daß die Agrarpolitik überholt sei. Kein Wort der Prahlerei mit den Rekorderten, wie man das bisher gewöhnt war. An ihrer Stelle operierte der Rundfunk mit der vorsichtigen Formulierung von „unsicheren“ Ernteaussichten. Die ebenfalls in Peking erscheinende Zeitung „Peoples Daily“ bezeichnete die Ausrüstung der Landwirtschaft als rückständig und kündigte eine „lange Periode schwerer Zeiten“ an. Eine „Überschwemmungskatastrophe“ nannte Radio Peking die zweiwöchigen Regenfälle, die über Kwantung niedergingen, der Provinz also, die als Chinas Reiskammer bekannt ist.

Verlust der Reisernte

Über eine Woche lang herrschte in Kanton, der Provinzhauptstadt, das Entsetzen. Hunderttausende von Bauern arbeiteten Tag und Nacht an der Verstärkung der Deiche. Das dumpfe Grollen der Trommeln und Gongs, das traditionelle Warnzeichen bei Deichbrüchen, war bis auf die der Küste vorgelagerte Insel Macao zu hören. Bei einem monatlichen Bevölkerungszuwachs von einer Million Menschen muß sich zwangsläufig der vollständige Verlust der Reisernte von Kwantung katastrophal auswirken. Überschwemmungen in sechs anderen Provinzen in den Monaten April, Mai und Juni führten zu dem, was eine in Hongkong erscheinende unab-

hängige Zeitung als „irreparable Schäden“ an der landwirtschaftlichen Erzeugung und als Erschütterung der gesamten Wirtschaft charakterisierte.

Nicht genug, mußte Radio Peking auch noch über eine geradezu gigantische Heuschreckenplage berichten, die 179 Bezirke in fünf nördlichen und zentralen Provinzen heimsuchte.

„Selbstversorger“

Auf Grund dieser Erntekatastrophen und des Zusammenbruchs des Transportsystems (Erliegen der Schifffahrt, Unterbrechung von Eisenbahnlinien durch Überschwemmungen) sah sich die Regierung gezwungen, 37 Großstädte zu „Selbstversorgern“ zu erklären, d. h., daß diese Städte mit insgesamt zehn Millionen Einwohnern künftig ihren Bedarf an Nahrungsmitteln unter Heranziehung länd-

licher Bezirke selbst decken und gewisse Mengen lebenswichtiger Nahrungsgüter einlagern müssen.

In Hongkong schließt man aus diesen Anzeichen, daß entweder der Mangel an Lebensmitteln und die hochgeschraubten Produktionsanforderungen das System der Kommunen an den Rand des Zusammenbruchs geführt haben oder aber, daß die ländlichen Regionen ohne Erschließung neuer Produktionsquellen die Last der extremen Industrialisierungsprogramme nicht mehr zu tragen vermögen. Die Erntekatastrophe wird nicht ohne Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft Chinas bleiben, denn das Land ist gezwungen, mit Hilfe von Agrar-Exporten seine Einfuhr an Rohstoffen und technischen Ausrüstungen zu finanzieren.

Kürzlich konnte eine Frau namens Anna Wong nach Hongkong fliehen. Sie hatte in einer Kommune vierzehn Stunden täglich arbeiten und nachts endlose „Gruppen-Diskussionen“ über sich ergehen lassen müssen. „Das Volk haßt die Kommunen und die Kommunisten“, sagte sie, „und die Unruhe wächst...“

Angst macht SED unsicher

Ratlosigkeit über Besuche Eisenhower — Chruschtschow

Bonn (dpa). Die SED habe Angst vor dem vernichtenden Urteil, das die Männer und Frauen der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik über sie fällen würden, käme es einmal zu einer freien Wahlentscheidung. Dies erklärte Staatssekretär Thedieck vom Gesamtdeutschen Ministerium in RIAS zu den letzten Maßnahmen der SED, die mitteldeutsche Bevölkerung, insbesondere die Jugend, zu drangsalieren und kommunistisch auszurichten.

Thedieck betonte, daß wir niemals nachlassen würden, diese freie Wahlentscheidung anzustreben und zu fordern trotz aller „Njets“ des Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow. Der Staatssekretär wies auf die Versuche hin,

durch Massenspielleiter die Bevölkerung auch in der Freizeit kommunistisch zu schulen. Besonders bezeichnend sei ein neuer Entwurf zum Schutze der Jugend, der die Willkür in der Verfolgung aller Einflüsse, die den Kommunisten nicht genehm seien, Tür und Tor öffnet.

Zu den Drangsalierungsmaßnahmen der SED stellte Staatssekretär Thedieck fest, daß die gegenseitigen Besuche Eisenhows und Chruschtschows die Pankower Machthaber in sichtliche Ratlosigkeit versetzt haben. Sie seien sich nun völlig unsicher, was auf höherer Ebene aus ihren Forderungen auf diplomatische Anerkennung und Auslieferung Westberlins werden sollte.



BILDER DER WOCHE: Oben: Fröhlich umringen Westberliner Ferienkinder im Pariser Rathaus den Vizepräsidenten der Gemeinde, Dursort. — Unten: Sportlich und elegant lautet die Devise der Nordwestdeutschen Modeschau-Gesellschaft, die in Bad Reichenhall einen Einblick in die Herbstmode gab.

